



Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

68. Jahrgang

Juli / August 2020

Folge 07 / 08

Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete nicht automatisch Freiheit und Ende der Gewalt

Auch Opfergedenken am 20. Juni als Mahnung unerlässlich

Zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Am 8. Mai 1945 fanden deutsche Gewaltherrschaft und millionenfache Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Namen einer wahnhaften Ideologie, die Europa und die Welt mit Krieg, Zerstörung und Tod überzogen hatte, ihr Ende. Diese von Deutschen verübten Verbrechen, insbesondere der Holocaust mit der systematischen Ermordung europäischer Juden, machen nach wie vor fassungslos.

Daher ist es gut, dass Deutschland am 8. Mai der Befreiung vom Nationalsozialismus gedenkt. Dies war das Fundament für ein demokratisch und freiheitlich strukturiertes Deutschland. Unsere heutige Rolle in Europa und in der Welt, die europäische Integration und Vieles, was wir gemeinsam mit anderen Völkern in den letzten 75 Jahren erreichen konnten, gehen von diesem Datum aus.

Mit der Befreiung vom Nationalsozialismus kam aber nicht für alle automatisch die Freiheit oder das Ende der Gewalt. Auch dies sollte am 8. Mai immer mit anklungen.

Für den Bund der Vertriebenen will ich

an das Schicksal der vielen Millionen Deutschen erinnern, die vor der Rache der Kriegsgegner in den Westen Deutschlands flüchteten oder die – ebenfalls aus Rache oder unter dem Vorwand der Vermeidung ethnischer Konflikte gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Ich will auf das Schicksal der Deportierten, der Zwangsarbeiter und der vergewaltigten Frauen aufmerksam machen. Ich will, dass das Schicksal der in der Heimat verbliebenen Deutschen im Blick behalten wird, die fortan als Minderheiten neuen, kommunistischen Diktaturen unterlagen. Ich will aber auch an das Schicksal der Menschen in der DDR und vieler Völker im Osten erinnern, die sich nicht freiwillig unter das Joch des Stalinismus begaben.

Der BdV ist dankbar, dass in Deutschland seit 2015 jährlich am 20. Juni der nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung begangen wird. Damit ist nach jahrelangem Einsatz auch der Erinnerung an eigene Opfergruppen ein würdiger Raum gegeben worden. Für eine vollständige Gedenkkultur bleibt dies wichtig und notwendig sowie als Mahnung unerlässlich.

Pressemitteilung BdV

8. Mai 1945 war kurzes Aufatmen in der Geschichte Europas

„Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“ ist nicht „Tag der Befreiung

Zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Am 8. Mai 1945 ging die dunkelste Phase der deutschen Geschichte zu Ende. Die Welt wurde von der Geißel des deutschen Nationalsozialismus befreit. Das unvorstellbare Grauen des Holocaust, Rassenverfolgung und Euthanasie, Vertreibungen und Zwangsarbeit, europaweite Unterdrückung und Knechtschaft im Zeichen des Hakenkreuzes waren endlich vorbei. Sich dieser dunkelsten Seite deutscher Vergangenheit immer wieder von Neuem zu stellen, der Millionen Opfer Nazi-Deutschlands zu gedenken und Verantwortung dafür zu übernehmen, dass so etwas nie wieder geschieht, bleibt notwendig für heute und alle Zeiten.

Dennoch darf dieses Gedenken nicht verkürzt werden.

Der 8. Mai 1945 war ein kurzes Aufatmen in der Geschichte Europas. Doch nach dem Luftholen füllten vielerorts andere Diktaturen das entstandene Machtvakuum. Nahezu sämtliche Länder Ostmittele-, Ost- und Südosteuropas, aber auch die Bürger der SBZ/DDR gerieten bald schon unter stalinistisch-kommunistische Knute. Mehr als vier weitere Jahrzehnte dauerte dort das Ringen um eine wirkliche Befreiung.

Ebenso gilt es, an das Schicksal der Millionen Deutschen zu erinnern, die gerade zu Kriegsende auf der Flucht waren vor der Rache der Roten Armee oder die noch bis 1949 völkerrechtswidrig aus ihrer zum Teil seit Jahrhunderten angestammten Heimat vertrieben wurden. Es gilt, derjenigen Deutschen zu gedenken, die als Zivilpersonen zu Kriegsbeginn und zu Kriegsende in unwirtliche Gegenden der Sowjetunion

Die Bundesversammlung 2020

Aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen mußte der Bundesverband der Landsmannschaft Weichsel-Warthe nicht nur die diesjährige Bundeskulturtagung, sondern auch die jährlich stattfindende Bundesversammlung absagen. Auch wenn derzeit die Schutzmaßnahmen nach und nach verringert werden, ist nicht klar, wie der weitere Verlauf der Pandemie in diesem Jahr sein wird. Wir wollen schließlich niemanden gefährden, denn jedes Mitglied ist uns lieb und teuer, schließlich vertreten wir Ihre Interessen und Ihre Geschichte und Kultur.

Sollte es möglich sein, so ist eine Bundesversammlung im Herbst im Haus der Heimat in Wiesbaden geplant. Den Termin müssen wir vermutlich relativ kurzfristig wählen. Die Delegierten werden aber fristgerecht vorher über eine geplante Veranstaltung vom Bundesvorstand informiert. Der gewählte Ort hätte den Vorteil, daß wir dort die Gelegenheit zu einer Besichtigung und Führung durch die Räumlichkeiten hätten. Wir sind in den vergangenen Jahren mehrfach von Teilnehmern angesprochen worden, die noch nie dort waren und bislang noch keine Gelegenheit dazu hatten.

Ansonsten kann ich Ihnen nur viel Gesundheit und Zuversicht wünschen und Sie bitten auf sich zu achten, die Schutzmaßnahmen zu beachten, denn Nachlässigkeit und Gewohnheit schleichen sich leicht ein, aber das Virus verzeiht solche Fehler nicht.

*Ihr Dr. Martin Sprungala,
Bundessprecher/ Bundesvorsitzender*

oder andernorts deportiert und dort über Jahre zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Und es gilt, sich vor Augen zu führen, dass unzählige Frauen Opfer von Massenvergewaltigungen wurden – was zynischerweise auch heute noch als „allgemeines Kriegsfolgenschicksal“ eingeordnet wird.

Der „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“ ist für unsere Geschichte ein wichtiger und prägender Tag. Er ist für mich jedoch nicht der „Tag der Befreiung“.

Pressemitteilung OMV

Internationales Vertreibungsverbot bleibt notwendig

Zahlen zu weltweiten Binnenflüchtlingen erschreckend

Die Schweizer Beobachtungsstelle für intern Vertriebene „Internal Displacement Monitoring Centre“ (IDMC) hat Zahlen zu den weltweiten Binnenflüchtlingen veröffentlicht. Hierzu erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Die aktuellen Zahlen des IDMC zeichnen ein erschreckendes Bild: Rund 50,1 Millionen Menschen weltweit waren bis Ende 2019 innerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht – etwa 45,7 Millionen vor Konflikt und Gewalt sowie etwa 5,1 Millionen vor anderen, auch wetter- und klimabedingten Katastrophen. Dies ist die höchste jemals ermittelte Zahl.

Trotz der zahlreichen abschreckenden Erfahrungen aus der Geschichte wird in vielen Ländern die Zivilbevölkerung immer häufiger zum Spielball machtpolitischer und militärischer Interessen.

Dabei mahnen der Zweite Weltkrieg und das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, welche Herausforderungen die Folgen von Flucht und Vertreibung – selbst im eigenen Kulturkreis – nach sich ziehen, welche Eingliederungsleistungen vollbracht und wel-

che Anstrengungen unternommen werden müssen, dass Menschen nach erlittenem Unrecht an anderem Orte im eigenen Land wieder Wurzeln schlagen können.

Daher erneuere ich gerade im 70. Jubiläumsjahr der Charta der deutschen Heimatvertriebenen die vom Bund der Vertriebenen seit Jahrzehnten vorgetragene Forderung eines internationalen, strafbewehrten Vertreibungsverbotes. Heimatrecht sowie der Schutz vor Vertreibungen und ethnischen Säuberungen sind fundamentale Menschenrechte, die überall der Friedens- und Zukunftssicherung dienen. Die Europäische Union mit ihrer Geschichte könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Wichtig bleibt es außerdem, Länder in der Konfliktfolgenbewältigung zu unterstützen, um Binnenflüchtlingen Lebensperspektiven im eigenen Land aufzuzeigen und im Idealfall eine Rückkehr an den Heimatort zu ermöglichen. Kaum jemand verlässt seine Heimat ohne Not. Auch dies ist eine Lehre aus unserer eigenen Geschichte.

Pressemitteilung des BdV

Jahrbuch Weichsel-Warthe 2020

Denken sie an unser Jahrbuch. In den Zeiten der Schutzmaßnahmen gegen das Coronavirus ist das Jahrbuch ein guter Lesestoff, um sich die Zeit zu vertreiben und Denkanstöße zu erhalten.



In diesem Jahr mußte aufgrund der massiven Portopreiserhöhungen und seit Jahren nicht angepaßten Preissteigerungen der Bezugspreis leicht erhöht werden. Der Bezugspreis beträgt für das Einzelexemplar 12,00 € (europäisches Ausland und Übersee 15,00 €), bei Abnahme von 3-9 Exemplaren je 10,50 € und von mehr als 10 Exemplaren je 9,00 €. Verwenden Sie bitte den Überweisungsvordruck und überweisen Sie den Bezugspreis oder fordern Sie Exemplare bei der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr.35 III., Tel. 0611/379787 gegen Rechnung an.

Das 23. Geschichtsseminar des DGV 2020 in Medingen

In diesem Jahr fand das Geschichtsseminar des Deutschen Geschichtsverein (DGV) des Posener Landes e.V. vom 7. bis 9.2.2020 im Gustav Stresemann-Institut (GSI) in Bad Bevensen, Ortsteil Medingen, statt. Es stand erneut unter dem Titel „Nachbarland Polen. Historische Entwicklung und Rückschlüsse für die Gegenwart“ und wurde von der Landeszentrale für politische Bildung gefördert. Für die polnischen Teilnehmer hat das BKM – Frau Oxford – die Teilnahme gefördert. Insgesamt haben 45 Personen an dem Seminar teilgenommen.

Nach dem gemeinsamen Kaffee begrüßte der Tagungsleiter Horst Eckert die Seminarteilnehmer und führte nach der Begrüßung durch den Institutsleiter Herrn Kaiser in die diesjährige Themenauswahl ein.

Die Moderation teilte sich Horst Eckert mit seinem Sohn, Dr. Eike Eckert. Für die Organisation vor Ort war die Schatzmeisterin des DGV, Gudrun Backeberg, zuständig.

Den ersten Vortrag hielt der Berliner Historiker, Matthias Barelkowski zum Thema „E.T.A. Hoffmann in Posen zwischen Literatur und Politik. Eine Spurensuche“. Zu den preußischen Beamten, die die Verwaltung in Südpolen nach der 2. Teilung Polen-Litauens aufbauten gehörte auch der bekannte Schriftsteller Ernst Theodor Amadeus Hoffmann (1776-1822). Nach seiner dritten Staatsprüfung wurde er im Jahr 1800 nach Posen versetzt, was ihm nicht gut bekam. Zum einen vertrat er die polnische Küche

nicht und begann dem Alkohol zuzusprechen. Gleichzeitig entwickelte er seine musisch-literarische Neigung weiter und sein erstes musikalisches Werk wurde hier in Posen aufgeführt. Mit befreundeten Kollegen, wie Johann Ludwig Schwarz (1790-1867) und Hans v. Held (1764-1842), gab er Zeitschriften wie die „Südpolnische Zeitung“ oder die „Südpolnischen Unterhaltungen“ heraus, von denen 1801-02 nur dreißig Ausgaben erschienen. Nach dem Faschingsball 1802 löste Hoffmann durch seine überaus treffenden Karikaturen einen Skandal aus, der zu seiner Versetzung nach Plozk führte. Es lief so ab, wie man das oft macht, ein Wegloben. Er wurde zum Justizrat befördert und versetzt. Hoffmann empfand dies als Strafversetzung in „die wilde Polakei“, denn der Verwaltungssitz Plozk war noch weniger attraktiv als Posen. Zwei Jahre später (1804) erfolgte dann seine Versetzung nach Warschau. Der Referent betonte, dass die Quellenlage zu Hoffmann sehr schlecht ist und man wenig über ihn weiß, was der Legendenbildung zuträglich war. Goethe mochte ihn nicht. Man konnte ihm so leicht viel Negatives zuschreiben, wie z. B. sein Alkoholismus, seine Krankheiten. Die von ihm den Juden vergebenen merkwürdigen Namen sind wissenschaftlich nicht belegt. Vieles ist nur Legende!

Nach dem Abendessen folgte der zweite Vortrag durch die Historikerin und Posener Stadtführerin Joanna Baron-Grzesiak. Ihr Thema war „Das neu erbaute Schloßviertel in Posen um 1900 mit seinen repräsentativen Bauten“. Posen

hatte sich seit seiner Gründung im Jahr 1253 nicht wesentlich entwickelt. Dies änderte sich nach der 2. Teilung (1793), als Preußen mit dem Bau der Festung begann. Vor allem nach der 4. Teilung (1815) wurde die Absicherung des Landes gegen den großen und mächtigen Nachbarn Rußland wichtig. Gleichzeitig behinderte die Militäranlage jedoch die Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts. Es fehlten der Stadt Wohnviertel für die Reichen der Stadt, eine Kanalisation, Hochwasserschutz u. v. a. m. Erst zum Ende des Jahrhunderts, als die industrielle Militärtechnik die Festung nutzlos machte, entschloss man sich zum Abriss und der Stadterweiterung nach Westen. Es war die Zeit des Nationalitätenkonflikts und seit 1896 wurde ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Deutschtums umgesetzt, die sog. Hebungspolitik, die zum Bau von Museen, Bibliotheken, der Oper und der Königlichen Akademie führten. Als Kernstück der neuen Stadtkrone für Posen entstand damals das Residenzschloss.

Am folgenden Tag referierte Frau Baron-Grzesiak zum Thema „Das königliche Residenzschloss Wilhelm II. in Posen und seine wechselvolle Geschichte“. Frau Baron-Grzesiak betonte, dass sie die einzige Stadtführerin sei, die stets betont, dass das Bauwerk kein Kaiserschloss, sondern ein Königlich-preußisches Residenzschloss war. Für das 585 Räume zählende Gebäude auf sechs Etagen waren 5 Mio. Mark veranschlagt worden. Im Jahr 1910 wurde das Schloss eingeweiht. Zur Feierstunde kam der Kaiser mit neun Fa-

milienmitgliedern und einem Gefolge von 192 Personen (Bericht im „Posener Tageblatt“ vom 21.8.1910). Nur wenige Male war der Kaiser hier und noch seltener übernachtete er hier: dreimal vor Baubeginn, dreimal während der Bauarbeiten, zur Einweihung des Schlosses und dann der Kapelle, die zur Pauli-Kirche gehörte. Das letzte Mal war der Kaiser im Juli 1915 hier. Aber es war auch nicht notwendig, dass der Kaiser und König (von Preußen) hier verweilte. Das Gebäude symbolisierte seine Macht und benötigte seine Anwesenheit nicht.

Nach dem 1. Weltkrieg wurde das Schloss Eigentum des polnischen Staates. Während einige an den Abriss dachten, wurde es de facto von der neugegründeten Universität und der Verwaltung eines Ministeriums genutzt und auch ein wenig an der Gestaltung und Einrichtung verändert. 1929 weilte der Staatspräsident Ignacy Mościcki (1868-1946) ein einziges Mal hier und Marschall Piłsudski nahm hier im Dezember 1919 die Parade zum ersten Jahrestag des Posener Aufstands ab.

Die meisten Veränderungen der Urfassung erfolgten durch die Nationalsozialisten durch den radikalen Umbau für Adolf Hitler. Geplant waren 6 Mio. RM. Bis 1944 explodierten die Kosten regelrecht auf 27 Mio. Neben dem Schloss war die Reichsstatthalterei geplant, doch der Gauleiter Greiser zog das Schloss als Wohnsitz vor.

Nach dem Weltkrieg wurde erneut an Abriss gedacht, da das Schloss Symbol der Terrorherrschaft war, aber es mangelte überall an Raum. So zog hier die Stadtverwaltung ein und später wurde es zum Kulturpalast.

Den zweiten Vortrag an diesem Morgen hielt Herr Dr. Robert Kedzierski, Historiker in Regensburg, **„Die Entstehung des Fürstentums Krotoschin/Krotoszyn – Abfindung des Staates Preußen an ‚Thurn u. Taxis‘ für die Verstaatlichung der privaten Postlizenz.“** Bereits am Tag zuvor hatte das Vereinsmitglied Martin Hauge auf diese Thematik hingewiesen und seine Kontakte nach Krotoszyn und ihre Schwierigkeiten hingewiesen.

Der Referent erläuterte, wie die einst dem Grafen Potocki gehörenden Güter an Mittelsmänner des preußischen Staates vor der 2. Teilung Polens veräußert wurden. Hierbei kam es bei den Mittelsmännern auch zur Veruntreuung von Staatsgeldern. Erst nach der 2. Teilung Polens konnte Preußen die Güter offiziell verwalten. Als Folge der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches verloren die Fürsten v. Thurn u. Taxis das Postregal im Reich, so auch in Preußen. Es ist durchaus verständlich, dass Preußen die „Habsburg-treuen Postbetreiber“ nicht haben wollten, denn sie spionierten die Post der Hohenzollern aus und berichteten nach Wien. Als Entschädigung erhielt der Fürst, der der Schwager des preußischen Königs

war, 1819 die vier Domänenämter Adelnau, Krotoschin, Orpiszewo und Rozdrazewo (23.316 ha). Diese Gebiete erhielten das Recht, einer freien Standesherrschaft, kurz darauf auch den Titel eines Fürstentums. Wenn auch ihre Privilegien im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr und mehr abgebaut wurden, machten die Fürsten doch ein gutes Geschäft. In den 100 Jahren, in denen sie Krotoschin besaßen, machten sie einen Reingewinn von etwa 36 Mio. Mark. 1919 geriet das Gebiet unter polnische Zwangsverwaltung und wurde im Juni 1937 gegen die geringe Entschädigung von 1.350.000 Golddollar enteignet.

Im folgenden Vortrag ging Dr. Robert Kedzierski auf die **„Die Armenpflege im Fürstentum Krotoschin“** ein. Die Armenpflege in Preußen war durch das Allgemeine Landrecht von 1794 geregelt. Die Gemeinde und öffentliche Landarmenhäuser übten sie damals aus. 1842 folgte dann eine Regelung der Freizügigkeit. Jeder, der mindestens drei Jahre am gleichen Ort lebte, war berechtigt, am Ort des Wohnsitzes Leistungen zu beantragen. Mit der Reichsgründung folgte am 6.6.1870 das Unterstützungswohnsitzgesetz, das eine noch größere Freizügigkeit gewährte und bis 1924 gültig war. Es ging den Landesherrn bei ihren Hilfen um die gute Tradition ihrer Vorfahren, um Mitleid und natürlich auch um Prestige. Am Beispiel Krotoschins stellte der Referent dar, dass im Verlauf des 19. Jahrhunderts es dem bayrischen Fürsten mehr um den Gewinn, d. h. die Einsparung, ging, als um die zuerst genannten Tugenden. Die Lasten wurden auf die Gutspächter abgeschoben und die preußische Verwaltung musste sie drängen, ihrer Pflicht nachzukommen.

Die folgenden beiden Vorträge hielt Dr. Wolfgang Kessler, **„Die Abwanderung und Verdrängung der deutschen Bevölkerung aus Westpreußen und Posen 1919-1929“**. Der Referent betonte, dass das Thema noch tieferer Erforschung bedarf, denn vieles sei nur Propaganda auf die Revision des Versailler Vertrags gezielt und zahlentechnisch nicht belegt. Die im Posener Land stärkste politische Kraft der II. Polnischen Republik waren die Nationaldemokraten unter der Leitung von Dmowski. Die unterschiedlichen Vorstellungen des wiedererstandenen Polens erweckten auch hier große Unzufriedenheit.

Dr. Kessler schilderte die verschiedenen Maßnahmen, die die Deutschen betrafen. Die polnische Regierung wollte diese Minderheit loswerden. Die Kriege nach dem 1. Weltkrieg und die Inflation von 1923/24 taten ein weiteres daran, dass viele Deutsche aus Polen abwanderten. Hinzu kam, dass viele Abmachungen nicht eingehalten wurden. Im Beobachtungszeitraum verließen 500-600.000 Deutsche Posen und Pommerellen (Westpreußen). Die deutsche Politik seit den

1880er Jahren war genauso desintegrativ wie die Polens nach 1919/20. Der Referent betonte: Minderheiten müssen loyal sein, können das aber nur sein, wenn sie akzeptiert werden und in Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft stehen.

Am Sonntag morgen setzte Dr. Wolfgang Kessler seinen Diskurs mit dem Vortrag **„Die Auswirkungen des Friedens von Versailles auf die Provinz Posen“** fort. Er schilderte den Verlauf des Posener Aufstands und seine Hintergründe, und kam zu der Schlussfolgerung, dass der Aufstand unnötig war, denn die Alliierten hätten ohnehin so entschieden, wie es geschah. Der Aufstand förderte jedoch die Solidarität der polnischen Gesellschaft. Gleichzeitig führt dies zu einer noch größeren Kluft zu den Deutschen und zum Deutschen Reich.

Der Referent betonte erneut, dass die Zwischenkriegszeit im Posener Land noch viel zu wenig erforscht ist. An die Stelle der Deutschen als Feindbild traten schon bald die polnischen Beamten aus dem ehemaligen österreichischen Galizien. Sie wurden den von hier kommenden polnischen Beamten zu einer großen Konkurrenz. Auch war die Herrschaft Piłsudskis hier nicht besonders beliebt – anders als bei den Deutschen in Polen, die viel von ihm als Beschützer hielten. Posen hatte Ende der 20er Jahre zu 53 % die Nationaldemokraten gewählt. Immer öfter intervenierte die Warschauer Verwaltung in Posen. Posen war ein benachteiligtes Gebiet geworden. Als die Weltwirtschaftskrise hier wirksam wurde, hatte Posen die höchste Arbeitslosigkeit. Alles das verschlechterte die ohnehin schlechte Situation der deutschen Minderheit.

Den Abschluss der Vortragsreihe machte Dr. Martin Sprungala mit dem Thema **„Der Reichsgau Wartheland – seine Einrichtung und Aufgabe“**. Der Referent stellte die Frage, warum es nicht zu einer „Wiedervereinigung“ der ehemaligen Grenzmarkgebiete mit der Wojewodschaft Poznań kam, von der die Deutschen in Polen geträumt haben und man anfangs auch in der Weimarer Republik dachte. Nicht umsonst hat die Weimarer Regierung die damaligen Pläne der Angliederung der Restgebiete der Provinz Posen im Reich an die Nachbarprovinzen verworfen und die „Grenzmark Posen-Westpreußen“ gegründet.

Dr. Sprungala stellte die Entwicklung seit 1919 dar, bis hin zu erkennbar anderen Plänen der Nationalsozialisten seit Ende der 20er Jahre. Es folgte am 1.4.1938 in Polen eine Umgestaltung der Wojewodschaften Poznań (Posen) und Pommerellen, die in Deutschland von nur wenigen wahrgenommen wurde, da sie nur etwas über ein Jahr gültig war.

Mit Kriegsbeginn 1939 wurde von der deutschen Verwaltung auch sofort eine Zivilverwaltung aufgebaut, bei der das Führerprinzip galt. Sofort begann

die Umsetzung der Rassenpolitik mit Racheaktionen und Exekutionen. Der sog. Polenfeldzug war nach wenigen Wochen entschieden, das Posener Land zum Reichsgau Posen und 1940 um Mitteleuropa mit Lodz zum Reichsgau Wartheland erweitert. Greiser wollte einen Mustergau schaffen, in dem die Einheit von Partei und Verwaltung realisiert wurde. Die vorhandene Bevölkerung wurde erfasst, die Deutschen in der Volksliste, viele Polen so rasch wie möglich ins Ge-

neralgouvernement deportiert, die Juden ins Ghetto. Überall wurde mit der Arierisierung begonnen. Firmen von Juden und Polen wurden enteignet, die Bevölkerung drangsaliert. Als Ersatz kamen Umsiedler aus den Aktionen „Heim ins Reich“ über Schulungslager im Reichsgebiet hierher. Auch die Kirchen wurden entmachteter. Überall erhielten die Orte neue deutsche Namen, oftmals Phantasieprodukte ohne historischen Hintergrund.

Bis zuletzt verhinderte Greiser mit sei-

nen Schergen eine Flucht der Bevölkerung vor der im Januar 1945 eintreffenden Front. Dann war er aber einer der ersten, der nach Westen floh und seine Bevölkerung ihrem Schicksal überließ. Nachdem die Amerikaner ihn gefasst hatten, wurde er nach Polen ausgeliefert, hier zum Tode verurteilt und 1946 öffentlich gehängt.

Das nächste Seminar ist für die Zeit vom 5. bis 7.2.2021 geplant.

Dr. Martin Sprungala

In Memoriam Dr. Helmut Neubach (1933-2019)

Bis zuletzt stand ich mit Helmut Neubach in telefonischem Kontakt und er dankte mir und der Landsmannschaft Weichsel-Warthe für ihre Arbeit und das seine Beiträge im Jahrbuch Weichsel-Warthe so gerne genommen und gewürdigt wurden. Am 12.12.2019 starb Helmut in Baden-Baden nach schwerer Krankheit. Noch kurz vor seinem Tod konnte sein Aufsatzband „Posen – Preußens ungeliebte Provinz“ durch Dr. Wolfgang Kessler veröffentlicht werden. Es ist ihm nicht mehr gelungen, dieses Buch zu beenden.

Helmut Neubach wurde am 27.1.1933 in Grottkau (Oberschlesien) geboren und wuchs bis zur ihm lebenslang prägenden Flucht der Familie 1945 in Brieg (Brzeg, Niederschlesien) auf.

Nach Flucht und Vertreibung lebte er als „Flüchtlingsjunge“ in Neustadt an der Orla (Thüringen), seit 1948 in Oberlahnstein (Rheinland-Pfalz). Nach dem Abitur im Jahr 1954 studierte er Geschichte und Slawistik in Bonn, Marburg, Berlin und Mainz, wo ihn der Posener Osteuropawissenschaftler Prof. Dr. Gotthold Rhode (1916-1990), sein Doktorvater, prägte. Neubach erhielt eine Anstellung am Johann Gottfried Herder-Institut (Marburg), mit Dienort an der Universität Mainz. Zuletzt arbeitete er als Oberstudienrat im Schuldienst, danach von 1992 bis zum Ruhestand 1998 als Akademischer Oberberater an der Universität Koblenz-Landau.

Neubachs Forschungsgebiet wardie

politische Geschichte der Jahre 1815 bis 1945 in den preußischen Provinzen Schlesien, Posen und Westpreußen sowie Rheinessen. Intensiv hat er sich mit den schwer lesbaren 6000 Seiten umfassenden Tagebüchern des Reichstagspräsidenten Franz Graf v. Ballestrem (1834-1910) aus den Jahren 1885-1908 befaßt. Besonders erfolgreich war seine „Kleine Geschichte Schlesiens“, die in elf Auflagen erschien. Die Landsmannschaft Schlesien hat ihn 2006 mit dem „Schlesierkreuz“, die Stiftung Kulturwerk Schlesien 2018 mit der „Gerhart-Hauptmann-Plakette“ geehrt.

Helmut Neubach hat sich auch mit der Provinz Posen aus Verpflichtung, insbesondere seinem Doktorvater und wissenschaftlichem Mentor G. Rhode gegenüber, befaßt. Durch Rhode, der viele Jahre lang Vorsitzender der „Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen“ war, wurde Neubach hier als Kommissionsassistent und später als Vorstandsmitglied tätig. Seit 2006 war er Ehrenmitglied in „Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen“ umbenannter Einrichtung.

Der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) war er verbunden und schrieb zahlreiche Beiträge für das Jahrbuch Weichsel-Warthe. Er hielt die Verbindung zwischen Kommission und LWW stets für wichtig und pflegte die Kontakte zu Mitgliedern beider Vereine. Er bedauerte daher auch den Austritt der Kommission aus

der LWW und sah hierin einen Abbruch der von Rhode gepflegten Tradition, weshalb er am 16.5.2012 ostentativ Einzelmitglied des LWW Bundesverbandes wurde. Die LWW dankte ihm für sein Signal und seine Treue und Arbeit mit dem Kulturpreis des Jahres 2012. Leider war er damals bereits gesundheitlich angeschlagen und konnte den Preis nicht persönlich entgegennehmen.

Besonders engagierte sich Neubach für die Erforschung des deutschen Katholizismus auch im Posener Land und dankte immer wieder Dr. Sprungala für seine diesbezüglichen Beiträge. „Wir sind die einzigen, die auf diesem Felde arbeiten.“ Aber auch mit der Beziehung zwischen Deutschen, Polen und Juden hat er sich stets beschäftigt.

Im Jahr 2015 mußte Helmut Neubach wegen der schweren Erkrankung seiner ebenfalls aus Schlesien stammenden Ehefrau Johanna geb. Finger (1938-2018) aus dem Haus in Zornheim in die Nähe der Tochter nach Baden-Baden umziehen. Ihr Tod nach 53 Ehejahren hat ihn sehr schwer getroffen. Sie hat ihm den Rücken für seine historischen Forschungen freigehalten und ihn begleitet, wo immer es ihr möglich war. Er betonte dankbar „sie war stets an meiner Seite“. Wir werden auch ihn vermissen.

Dr. Martin Sprungala

WW-Notiz

Einweihung des neuen Stadttheaters in Glogau: Dr. Sprungala war in seiner Funktion als Bundesvorsitzender des Glogauer Heimatbundes e.V. (GHB) vom Stadtpräsidenten Rafael Rokaszewicz zur Einweihung des seit 2017 neu aufgebauten alten Andreas-Gryphius-Theaters am 22.11.2019 eingeladen. Bei dieser Gelegenheit verlieh der Vorstand auf der Bühne des Theaters die Gryphius-Medaille in Gold an den Stadtpräsidenten und den Kontaktmann des GHB ins heutige Glogów, Dr. Klaus Schneider.

Übernahme von Patenschaften für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“

Bereits jetzt haben sich Landsleute gefunden, die für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“ eine Patenschaft übernommen haben.

Folgen auch Sie bitte diesem Beispiel und werden Sie Pate für das Jahrbuch 2021. Näheres erfahren Sie aus unseren entsprechenden Hinweisen in „Weichsel-Warthe“ und unserem „Jahrbuch-Weichsel-Warthe 2020“, S. 176.

Die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Weichsel-Warthe informiert Sie darüber hinaus im Falle einer Bereitschaft oder bei entsprechendem Interesse.